

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
12.01.2023
Ausschussbetreuender Fachbereich
Jugend und Soziales
Schriftführung
Miriam Tomechna
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
9. Sitzung am Donnerstag, 01.12.2022

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:03 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Beschlüsse aus der letzten Sitzung
0606/2022**
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 Klimafreundliches Bauen von Kitas (mündlicher Bericht)**

- 7** **Ausblick zur Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes und der Gelingensfaktoren im Kinderschutz**
0617/2022
- 8** **Mehrkosten der Produktionsküche für den Neubau Kita "Reiser/ Mondsröttchen"**
0587/2022
- 9** **Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte St. Joseph**
0581/2022
- 10** **Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Familienzentrum ZAK**
0653/2022
- 11** **Anträge der Fraktionen**
- 12** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Holz-Schöttler, eröffnet die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt die nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Entschuldigt fehlen Herr Schäfer und Frau Figiel (Träger), Herr Gürster (Polizei), Herr Wirth (kath. Kirche), Herr Bierei (ev. Kirche), Herr Stieler und Frau Osterhammel-Fuchs (AG Jugendhilfe), sowie Frau Bhattacharjee und Herr Tollih (Integrationsrat).

Anschließend stellt Frau Holz-Schöttler die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Beschlüsse aus der letzten Sitzung 0606/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende Frau Holz-Schöttler teilt mit, dass die Vorlage 0653/2022 (siehe Anlage 2 der Niederschrift) als TOP Ö10 neu auf die Tagesordnung aufgenommen wird.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig (Verwaltung) teilt mit, dass sich die Ausschussmitglieder in einer der vergangenen Sitzungen gewünscht hätten, eine Erläuterung zum Thema Befangenheit zu erhalten. Diese sei per Email an alle Mitglieder versandt worden.

Frau Tomechna (Verwaltung) erläutert, dass die Wahl der Jugendschöffen nächstes Jahr für die Wahlperiode 2024-2028 stattfinde. Anfang nächsten Jahres würde eine Pressemitteilung mit den Bewerbungsmöglichkeiten erscheinen. Der Jugendhilfeausschuss sei für die Aufstellung der Vorschlagslisten zuständig, welche in der Sitzung im Mai nächsten Jahres erfolgen solle. Die anschließende Wahl der Jugendschöffen erfolge dann bei den Gerichten.

6. Klimafreundliches Bauen von Kitas (mündlicher Bericht)

Frau Hellwig (Verwaltung) erläutert, die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses hätten sich in einer der letzten Sitzungen gewünscht, dass sich die Verwaltung näher mit dem Thema ‚Klimafreundliches Bauen von Kitas‘ befasse. Daraufhin wurde das Thema in der Planungsgruppe ‚Tagesbetreuung für Kinder‘ beraten. Der grundsätzliche Tenor sei gewesen, dass die

Einrichtungen noch immer sehr mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie dem Fachkräftemangel beschäftigt seien, sodass dieses Thema für die Fachberatungen der freien Träger im Moment keine Priorität habe. Die Fachberater würden aber an dem Thema dranbleiben und den Wissensstand über das Thema bei den Einrichtungsleitungen abfragen. Außerdem würden die Träger bei Neubauten und Sanierungen bereits darauf achten. Häufig sei es eine Frage der Kosten. Die Verwaltung werde das Thema weiter im Auge behalten.

Herr Migenda (Verwaltung) ergänzt, dass die Verwaltung derzeit ein integriertes Klimaschutzkonzept erarbeite, welches sowohl Neubauten als auch Bestandsgebäude gesamtstädtisch erfassen würde. Darunter fielen auch Kindertagesstätten. Zudem achte die Verwaltung bei Baumaßnahmen bereits auf das Thema und würde dies mit den Trägern auch besprechen. Die Stadt werde in Zukunft nur Baumaßnahmen bezuschussen, bei denen ein nachhaltiges Konzept erarbeitet worden sei.

7. **Ausblick zur Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes und der Gelingensfaktoren im Kinderschutz**
0617/2022

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

8. **Mehrkosten der Produktionsküche für den Neubau Kita "Reiser/Mondsröttchen"**
0587/2022

Herr Migenda (Verwaltung) möchte einleitend sagen, dass die geplante Kita die bisher größte werde. Die Planungen seien sehr vorbildlich und wenn alles wie geplant umgesetzt werde, könnten hohe Ansprüche an eine moderne Kita erfüllt werden. Jedoch müsse der Kostenaspekt berücksichtigt werden. In der Vergangenheit habe der Ausschuss bereits Mehrkosten für die Kita in Höhe von ca. 1,5 Mio. € beschlossen. Andererseits konnte die AWO die Kostenvorgaben genau einhalten, was gerade in einer Zeit steigender und unkalkulierbarer Kosten sehr schwierig gewesen sei. Nun seien aber noch Mehrkosten in Höhe von ca. 200.000 € vorhanden. Nachdem alle anderen Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft worden seien, könnten die Mehrkosten i.H.v. 200.000 € nur vermieden werden, in dem statt einer Produktionsküche eine Aufwärmküche realisiert werde. Herr Migenda möchte betonen, dass bei der aktuellen Lage des Haushalts Kostendisziplin wichtig sei, wenn die Kommune noch handlungsfähig bleiben möchte. Die Kommune werde nächstes Jahr voraussichtlich wieder im Haushaltssicherungskonzept stehen. Zu den Investitionskosten in Höhe von ca. 200.000 € werden bei der mindestens 30-jährigen Betriebszeit der Kita noch jährliche Folgekosten anfallen, beispielsweise durch Wartung der Gerätschaften oder Einstellung von Küchenpersonal.

Frau Pfefferle und Frau Brala von der AWO, dem Träger bzw. Bauherrn des Projekts, legen in einer ausführlichen Präsentation die Vorteile einer Produktionsküche dar.

Herr Blunck (Träger) teilt mit, dass er vor der Präsentation die Produktionsküche kritisch betrachtet habe, aber jetzt positiv überzeugt sei.

Frau Opiela (CDU) äußert, dass ihre Fraktion die Mehrkosten kritisch sehe. Dennoch würden sie eine Frischkochküche ausdrücklich befürworten. Die Mehrkosten seien durch die Steigerung der Baukosten in Höhe von 30% entstanden.

Herr Blunck (AG Jugendhilfe) teilt mit, dass auch er in seiner täglichen Arbeit erlebe, dass die Kinder zuhause häufig Fertigprodukte essen würden. Durch die Frischkochküche könnte im Laufe der Jahre hunderten Kindern ein Zugang sowie eine Wissensvermittlung zu frischen Lebensmitteln ermöglicht werden. Die AG Jugendhilfe möchte auch nochmal betonen, dass die Produktionsküche von Anfang an geplant gewesen sei und die Mehrkosten nur durch die Steigerung der Baukosten entstanden seien.

Herr Klaas (SPD) äußert, im Vortrag wurde davon gesprochen, dass möglicherweise Fachkräfte für Naturheilpädagogik als Küchenpersonal eingestellt werden könnten. Er möchte wissen, ob das angesichts des hohen Fachkräftemangels realistisch sei und ob sich das auf die Höhe der Essensbeiträge auswirken würde. Frau Brala antwortet, dass die Fachkräfte als Pädagogen in der Einrichtung arbeiten würden und genau gleich schwierig oder leicht zu finden seien wie Erzieher allgemein.

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) möchte darauf hinweisen, dass die Folgekosten nur spekuliert werden könnten und auch die Folgen für die Klimarelevanz nicht realistisch beurteilbar seien.

Herr Eschbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, dass es sich hier um große Beträge handele und er dies kritisch sehe. Gleichzeitig sei eine spätere Nachrüstung einer Aufwärmküche in eine Frischkochküche noch viel kostenintensiver. Die Entscheidung sei daher schwierig.

Herr Cremer (AfD) teilt mit, die AfD-Fraktion sehe die Mehrkosten kritisch. Aber der Vortrag habe klargestellt, dass diese durch die Steigerung der Baukosten entstanden seien. Am Ende sei das Wohl der Kinder am wichtigsten.

Herr Klaas möchte wissen, warum bei dem Beschluss für die Mehrkosten aus 2021 die Kosten der Produktionsküche nicht berücksichtigt worden seien. Frau Pfefferle antwortet, dass die AWO die Steigung der Kosten zu zurückhaltend kalkuliert habe, da sie die Stadt nicht unnötig belasten wollte. Daher wurde in der Vorlage von 2021 nur eine Baukostensteigerung von 15% anstatt 30% angegeben. Die Frischkochküche war damals noch in der Kostenkalkulation enthalten.

Herr Cremer möchte wissen, wie der Betrag von ca. 200.000 € für eine Küche zustande komme. Frau Pfefferle antwortet, dass ca. 100.000 € für die baulichen Maßnahmen, und ca. 95.000 € für die Ausstattung anfielen.

Herr Migenda äußert, dass die AWO tatsächlich bei der Berechnung der Kosten zu bescheiden gewesen sei. Auch konnte niemand den starken Anstieg der Baukosten dieses Jahr vorhersehen. Die AWO und das Jugendamt hätten aber große Anstrengungen unternommen, Einsparpotentiale zu erarbeiten, damit die Kita trotz der Kostensteigerungen zum vorgegebenen Kostenrahmen errichtet werden könne.

Herr Droege (AG Jugendhilfe) merkt an, dass ohne eine Frischkochküche das Thema Nachhaltigkeit gar nicht erst in eigene Hand genommen werden könne. Caterer könnten dies nicht so wie gewünscht umsetzen, zumindest nicht zu vertretbaren Kosten für die Eltern.

Frau Gresser-Ritter (Träger) stellt die Frage in den Raum, wie in Zukunft damit umgegangen werde, wenn noch mehr Kitas gebaut werden würden, die dann auch mit Frischkochküchen ausgestattet werden wollten, was zu weiteren Kostenbelastungen führen würde.

Herr Paduch (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, dass es beim Beschluss nicht um die Frage gehe, ob eine Frischkochküche eingerichtet werden solle oder nicht, sondern dass diese von Anfang an geplant worden sei, und es daher beim Beschluss nur darum gehe, ob die Kosten aufgrund der Steigerung der Baukosten übernommen werde oder nicht.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den Mehrkosten in Höhe von 196.235 € zu.

9. Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte St. Joseph
0581/2022

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Kath. Kirchengemeindeverband Bensberg/ Moitfeld wird antragsgemäß für die Sanierungsmaßnahme Klettergerüst in der Kindertagesstätte „St. Joseph“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 68.359,42 € (95%) gewährt.

10. Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte
Familienzentrum ZAK
0653/2022

Herr Cremer (AfD) fragt, ob die Erneuerung der Dachbegrünung sinnvoll sei, da am Ende der Vorlage die Überlegung aufgeführt wurde, in Zukunft eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach zu installieren. Es wäre kosteneffizienter, direkt die Photovoltaik-Anlage zu installieren.

Herr Migenda (Verwaltung) antwortet, dass man inzwischen auch auf Gründächern Photovoltaik-Anlagen installieren könne. Der Vorteil eines Gründaches sei, dass sich das Dach nicht so stark aufheizen würde. Die Hitzeabstrahlung der Photovoltaik-Anlage sei für sie selber nämlich schädigend. Für die Umwelt seien Gründächer auch vorteilhafter.

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) äußert, in der Vorlage sei genannt, dass die Investitionsmittel im Haushalt bereit stünden. Er möchte wissen, wie weit die Investitionsmittel ausgeschöpft seien. Desweiteren bittet er um eine Erläuterung der in der Vorlage geschätzten zukünftigen Sanierungskosten in Höhe von 640.000 €.

Herr Migenda antwortet, dass die genaue Aufschlüsselung der 640.000 € schriftlich nachgereicht werden kann.

Auf eine Frage im Vorfeld der Sitzung antwortet Frau Hellwig (Verwaltung), dass im Haushalt 2022 im Sanierungsbudget ca. 459.000 € veranschlagt worden sei. Die tatsächlichen Kosten belaufen sich aktuell auf 474.000 €. Die fehlenden 15.000 € können aber durch Einsparungen bei einer anderen Sanierungsmaßnahme ausgeglichen werden. Die beiden Vorlagen aus der heutigen Sitzung sind in den Beträgen bereits berücksichtigt.

Herr Klaas (SPD) teilt mit, dass Träger dazu verpflichtet seien, Rücklagen zu bilden. In der Vorlage sei aber beschrieben, dass der Träger keine Rücklagen für diesen Schaden habe. Er möchte wissen, wie hoch die Rücklagen des Trägers denn seien.

Herr Migenda antwortet, dass in der Stadt Bergisch Gladbach das Trägermodell durchgeführt werde. Dies beinhaltet, wenn die Eigenmittel des Trägers aufgebraucht seien, die Kommune dazu verpflichtet sei, die Kosten zu übernehmen. Frau Hellwig ergänzt, dass die Stadt jeden Antrag auf Investitionskostenzuschuss durch das Bauamt dahingehend prüfen lasse, ob die Kosten angemessen und vollständig sind.

Herr Cremer möchte wissen, wie hoch die Kosten des Gründaches im Vergleich zu einem normalen Dach seien. Seiner Meinung nach seien normale Dächer günstiger.

Herr Migenda antwortet, dass normale Dächer beim Bau tatsächlich günstiger seien. Aber auf die Betriebszeit des Gebäudes betrachtet entsprächen die Baukosten in der Regel 8-10% der Gesamtkosten. Die höheren Kosten des Gründaches würden sich dadurch amortisieren, dass das Gründach beispielsweise eine bessere Temperaturregulierung des Gebäudes ermögliche, das

Klima in seiner Umgebung besser reguliere und das Wasser langsamer in den Kanal abfließen lasse. Aus Sicht des Klimawandels und Umweltschutzes sei ein Gründach besser.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH wird antragsgemäß für die Sanierung des Gründaches in der Kindertagesstätte „ZAK“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 70.662,30 € (100%) gewährt.

11. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Symanzik (SPD) teilt mit, dass er in der letzten Sitzung das Thema Werbung der Bundeswehr an Minderjährige angesprochen habe. In der Niederschrift sei enthalten, dass Herr Migenda die Vorschläge prüfen werde. Herr Symanzik bittet darum, das Prüfergebnis in der nächsten Sitzung mitzuteilen.

Herr Cremer (AfD) möchte zu TOP Ö9 anfragen, ob das Spielgerät auch für Kinder mit Behinderungen nutzbar sei oder ob man ein solches anschaffen könne, sofern sich dort keine anderen entsprechenden Spielgeräte befinden.

Herr Eschbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, er habe die Pressemitteilung über die Überlastung der Bezirkssozialarbeit gelesen. Er möchte wissen, wie das entstanden sei. Frau Hellwig (Verwaltung) möchte dies im nicht-öffentlichen Teil weiter ausführen.

Herr Klaas (SPD) teilt mit, dass das Projekt der Alltagshelfer auslaufe. Er möchte wissen, wie viele Alltagshelfer derzeit in den Kitas arbeiteten, wie viele Stellen unbesetzt seien, und welche Überlegungen es für die Zukunft gäbe.

Frau Wasmuth (FDP) äußert, dass sie in einer Sitzung letzten Jahres das Thema angesprochen habe, dass es in Refrath zu wenig Spielplätze gäbe und sie die Verwaltung gebeten habe, einen alternativen Standort zu prüfen. Sie bittet nun um Antwort auf den Prüfauftrag.

Frau Hellwig (Verwaltung) antwortet, dass die Vorlage derzeit in Arbeit sei und in der nächsten Sitzung eingereicht werde.

Die Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:53 Uhr.

gez. Holz-Schöttler
(Vorsitzende)

gez. Tomechna
(Schriftführung)